

Datenschutzinformationen zum Hinweisgebersystem

Mit dieser Datenschutzinformation informieren wir Sie über die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen des Hinweisgebersystems und die Ihnen nach dem österr. DSG und der EU-DSGVO (Datenschutzgrundverordnung) zustehenden Rechte.

Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?

Österreichische Hagelversicherung VVaG (ÖHV)
Lerchengasse 3–5, 1080 Wien
Tel: 01/403 16 81-0
Mail: office@hagel.at

Für Anfragen oder Auskünfte zum Datenschutz oder zur Ausübung Ihrer Betroffenenrechte steht Ihnen der Datenschutzbeauftragte gerne per E-Mail unter datenschutz@hagel.at oder per Post zur Verfügung.

Welche Zwecke verfolgen wir mit dieser Datenverarbeitung?

Ein Hinweisgebersystem dient dazu, Personen (Hinweisgebern) die Meldung von Verletzungen rechtlicher Bestimmungen innerhalb eines Unternehmens unter Wahrung der Vertraulichkeit zu ermöglichen und dadurch die Bereitschaft zu rechtmäßigem Verhalten zu bestärken.

Wir sind auf Basis gesetzlicher Vorgaben wie dem HinweisgeberInnenschutzgesetz (HSchG) dazu verpflichtet, interne Meldekanäle und Bearbeitungsmechanismen einzurichten, um Schaden von betroffenen Unternehmen und Einzelpersonen sowie der Öffentlichkeit abzuwenden und mögliche Missstände und Rechtsverstöße frühzeitig aufdecken zu können.

Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Hinweisgeber können einen Hinweis entweder anonym oder unter Offenlegung ihrer Identität abgeben. Abhängig davon, welche Daten im Hinweis offengelegt werden, verarbeiten wir insbesondere folgende personenbezogenen Daten des Hinweisgebers:

- Name,
- Kontaktdaten (z. B. E-Mail- oder Postadresse),
- sonstige personenbezogenen Daten zum Hinweisgeber, die mit dem Hinweis übermittelt werden (z. B. berufs- und tätigkeitsbezogene Daten).

Darüber hinaus können in einem Hinweis auch personenbezogene Daten und Informationen von anderen Personen, die in den gemeldeten Vorfall involviert sind, enthalten sein wie z. B.:

- Name oder
- sonstige personenbezogenen Daten zu der Person, die mit dem Hinweis übermittelt werden (je nach Kontext auch Daten besonderer Kategorie gemäß Art 9 DSGVO und/oder Daten über Straftaten gemäß Art 10 DSGVO).

Da wir nur die für die notwendigen Zwecke erforderlichen Daten erfassen, kann im Einzelfall auch mit weniger als den oben beschriebenen Daten das Auslangen gefunden werden.

Wofür und auf welcher Rechtsgrundlage werden die Daten erfasst und verwendet?

Rechtsgrundlagen für diese Verarbeitung personenbezogener Daten sind

- Art 6 Abs 1 lit c DSGVO (Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung),
- Art 6 Abs 1 lit f DSGVO (berechtigtes Interesse der ÖHV an der Prävention und Aufdeckung von Rechtsverletzungen), sowie
- für sensible Daten: § 8 Abs 5 HSchG iVm Art 9 Abs 2 lit f und g DSGVO, und
- für Daten über gerichtlich oder verwaltungsbehördlich strafbare Handlungen § 8 Abs 6 HSchG iVm Art 10 DSGVO.

Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen oben nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen darüber informieren.

An wen übermitteln wir Ihre Daten?

Hinweise werden innerhalb der ÖHV ausschließlich von der hierfür zuständigen internen Stelle bearbeitet. Zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen i. Z. m. dem gemeldeten Sachverhalt können wir personenbezogene Daten auch an von uns beauftragte Rechtsanwälte übermitteln. Sofern die Bearbeitung eines Hinweises ergeben hat, dass der Verdacht gerichtlich oder verwaltungsbehördlich strafbarer Handlungen besteht, kann eine Mitteilung des Sachverhaltes an die zuständige(n) Behörde(n) oder Gerichte erfolgen. Empfänger in Drittländern gibt es keine.

Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Wir speichern Ihre personenbezogenen Daten nur so lange und in jenem Umfang, als dies für die oben genannten Zwecke erforderlich ist oder wir gesetzlich dazu verpflichtet sind.

Wir bewahren die Daten ab ihrer letztmaligen Verarbeitung so lange auf, wie es zur Durchführung bereits eingeleiteter verwaltungsbehördlicher oder gerichtlicher Verfahren oder eines Ermittlungsverfahrens nach der StPO erforderlich ist (§ 8 Abs 11 HSchG). Nach dem Ablauf dieser Aufbewahrungsfrist werden die Daten gelöscht.

Welche Rechte stehen Ihnen als betroffene Person nach dem Datenschutzrecht zu?

Sie können als betroffene Person gegenüber uns als Verantwortlichem gemäß Art 15-22 DSGVO verschiedene Rechte ausüben:

- **Recht auf Auskunft** zu Herkunft, Kategorien, Speicherdauer, Empfängern, Zweck und Art der Datenverarbeitung;
- **Recht auf Berichtigung** unrichtiger oder unvollständig verarbeiteter Daten;
- **Recht auf Löschung** unrichtiger, unvollständiger oder unrechtmäßig verarbeiteter Daten;
- **Recht auf Einschränkung** der Verarbeitung;
- **Widerspruchsrecht** gegen die Verarbeitung, wenn die Verarbeitung zur Wahrung öffentlicher Interessen oder berechtigter Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich ist;
- **Recht auf Direktübertragbarkeit** der bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format.

Bitte beachten Sie, dass diese Rechte unter den Voraussetzungen des § 8 Abs 9 HSchG (iVm Art 23 DSGVO) keine Anwendung finden; dies gilt insbesondere, solange und soweit dies zum Schutz der Identität des Hinweisgebers erforderlich ist.

Betroffene Personen können sämtliche Rechte per Post oder E-Mail an datenschutz@hagel.at ausüben. Dabei müssen sie zu Ihrer Identifikation beitragen, damit sichergestellt ist, dass die Antwort auch tatsächlich an die betroffene Person adressiert wird.

Weiters haben Sie ein Beschwerderecht bei der Österreichischen Datenschutzbehörde, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt.

Österreichische Datenschutzbehörde
Barichgasse 40-42
1030 Wien

Findet eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall statt?

Eine automatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art 22 DSGVO findet nicht statt.